

27.10.2025

STELLUNGNAHME

zu den Verordnungsvorschlägen zum „Nationalen und Regionalen Partnerschaftsplan“ (NRP) (KOM(2025)565) und dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung / Interreg (KOM(2025) 552)

Das Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain begrüßt die Weiterführung der Kohäsionspolitik und dass grundsätzlich alle Regionen der EU förderfähig bleiben sollen. Bei der Aufstellung und Umsetzung besteht nach Ansicht des Europabüros FrankfurtRheinMain jedoch noch Klarstellungs- und Verbesserungsbedarf.

Programmierung der Programme in echter Partnerschaft mit lokalen und regionalen Akteuren

Zunächst wäre eine Intensivierung der partnerschaftlichen Programmierung der operationellen Programme überaus wünschenswert. Dies beinhaltet zum einen das Zusammenarbeiten der Europäischen Kommission mit der mitgliedstaatlichen Ebene und der regionalen Ebene (in Deutschland die Bundesländer), zum anderen aber auch eine echte Partnerschaft mit den regionalen Akteuren unterhalb der Länderebene, insbesondere mit den Metropolregionen. Diese stehen im engen und ständigen Austausch mit den Städten, Gemeinden, Landkreisen und anderen relevanten Akteuren vor Ort und kennen daher deren Bedürfnisse und Herausforderungen. Gleichzeitig unterstützen die Metropolregionen ihre Kommunen bei der Bewältigung von Herausforderungen sowie im Rahmen zukunftsweisender Transformationsprozesse.

In den Verordnungsvorschlägen zu den Nationalen und Regionalen Partnerschaftsplänen (Artikel 6 und 21 KOM(2025)565) wird zwar die Möglichkeit gegeben, neben den nationalen Kapiteln auch regionale Kapitel einzuführen sowie mehrere regionale Begleitausschüsse aufzustellen. Es bleibt jedoch offen, ob die Mitgliedstaaten von dieser Möglichkeit Gebrauch machen und ob auch die Akteure aus den dem regionalen Kapitel zugehörigen unteren Ebenen in den Begleitausschüssen mitentscheiden können.

Wie wichtig die partnerschaftliche Programmierung der Förderinstrumente ist, zeigen auch die Erfahrungen bei der Aufstellung des Resilienz- und Wiederaufbauplans als Antwort auf die COVID-19-Krise. Eine stärkere Zentralisierung der Förderung hat unmittelbar zu einer Einschränkung bei den bzw. zu einem Ausschluss der Beteiligungsmöglichkeiten der Metropolregionen und ihrer Kommunen geführt. Zukünftige Förderinstrumente der Kohäsionspolitik sollten daher in geteilter Mittelverwaltung organisiert werden.

Verbindliche Nutzung dezentraler Instrumente und Förderung funktionaler Räume

Funktionale Räume müssen bei der Bewältigung ihrer enormen Herausforderungen stärker von der Kohäsionspolitik unterstützt werden, als es bisher der Fall war. Die Umsetzung des europäischen Grünen Deals und der damit angestrebte Wandel hin zu einer digitalisierten und klimaneutralen Wirtschaft erfordern große Transformationsprozesse. Digitaler Wandel, Energiewende sowie Klimaschutzmaßnahmen und Anpassungen

an die Folgen des Klimawandels stellen Metropolregionen ganz besonders auf die Probe. Zusätzlich kommen in funktionalen Räumen wie den Metropolregionen Herausforderungen wie Siedlungsdruck, Umwelt-, Lärm- und Verkehrsbelastungen sowie demographischer Wandel, Fachkräftemangel und Migration besonders zum Tragen. Besser entwickelte Regionen sind dabei oft mit Entwicklungsunterschieden und gegenläufigen Trends in ihren ländlichen und städtischen Teilregionen konfrontiert und müssen Lösungen suchen, die diesen Disparitäten Rechnung tragen.

Die bereits entwickelten dezentralen Instrumente der „Integrierten Territorialen Investitionen“ (ITI) für Regionen und die „von der örtlichen Bevölkerung betriebene Maßnahmen der lokalen Entwicklung“ (CLLD) für subregionale Gebiete bieten gute Voraussetzungen für integrierte und vor Ort gebündelte Projekte in funktionalen Räumen. Diese werden „von unten“ entwickelt und umgesetzt und spiegeln somit die Bedürfnisse und Herausforderungen der lokalen und regionalen Ebene wider. Auch wird die Sichtbarkeit europäischer Fördermittel bei der Zivilgesellschaft vor Ort erheblich verbessert und so die Zustimmung zur EU allgemein erhöht. Das Europabüro FrankfurtRheinMain begrüßt daher, dass nach Artikel 22 KOM(2025)565 die Möglichkeit zur Nutzung dieser Instrumente weiterhin gegeben ist.

Ferner begrüßt das Europabüro FrankfurtRheinMain ausdrücklich den Artikel 5 des Vorschlags zur EFRE/Interreg Verordnung (KOM(2025) 552) zu den Strategien für nachhaltige städtische Entwicklung, der insbesondere auch die Rolle funktionaler städtischer Räume und Stadt-Land-Beziehungen hervorhebt.

Es ist bedauerlich, dass in den Verordnungen für die zukünftige Förderperiode keine verbindliche Nutzung der beschriebenen Instrumente und Strategien von den Mitgliedstaaten eingefordert wird. Dies ist sogar ein Rückschritt zur aktuellen Förderperiode 2021-2027, in der auf Mitgliedstaatsebene eine Mindestquote für Maßnahmen der nachhaltigen Stadtentwicklung von 8 Prozent vorgeschrieben ist. Aus Sicht des Europabüros sollte es ein vorgeschriebenes Kapitel in den Nationalen und Regionalen Partnerschaftsplänen für die Umsetzung territorialer Strategien – und damit auch in funktionalen Räumen wie der Metropolregion FrankfurtRheinMain – geben.

Erhöhung der Kofinanzierungsrate der EU auf mindestens 50 Prozent

Um die Attraktivität der Förderung zu gewährleisten und vor allem auch finanzschwächeren Kommunen in den Regionen sowie Trägern im sozialen Bereich einen Zugang offen zu halten, sollte die Kofinanzierungsrate durch die europäischen Strukturfonds wieder mindestens 50 Prozent erreichen. Das Europabüro FrankfurtRheinMain bedauert daher außerordentlich, dass die EU-Kofinanzierungsrate für besser entwickelte Regionen auch weiterhin bei maximal 40 Prozent liegen soll (Artikel 20 KOM(2025) 565).

Weiterführung der Europäischen territorialen Zusammenarbeit

Das Europabüro begrüßt ausdrücklich die Weiterführung der Europäischen territorialen Zusammenarbeit (Chapter II Artikel 7 ff. KOM(2025) 552). Die grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Kooperation mit den Programmen INTERREG und URBACT bringt einen außergewöhnlichen europäischen Mehrwert und fördert das gute nachbarschaftliche Miteinander sowie das Verständnis innerhalb der EU. Darüber hinaus werden durch die Zusammenarbeit von Akteuren aus unterschiedlichen europäischen Ländern zu integrierten und raumbezogenen Themen Wissen und Erfahrungen ausgetauscht, wodurch innovative Lösungen effizienter entwickelt, getestet und umgesetzt werden können.